

Das Politische Samstagsgebet...

...entstand als Münchner Reaktion auf den Weltwirtschaftsgipfel im Herbst 1999.

Alle zwei Monate treffen wir uns an einem Samstag um 18 Uhr zu einem brisanten Thema.

Das Politische Samstagsgebet erinnert an das Politische Nachtgebet von Dorothee Sölle, an die christliche Basisbewegung für Gerechtigkeit Frieden und Bewahrung der Schöpfung, den feministischen Aufbruch und die Wiederentdeckung weiblicher und partnerschaftlicher Spiritualität durch Männer und Frauen und an die Montagsgebete, die in der DDR die Menschen für eine friedliche Revolution versammelten.

Die aus Feiern, Meditation und Gesang erwachsende Kraft unterstützt und inspiriert unser Erkennen und Handeln. An der Tradition gelebter Religion anknüpfend, entsteht ein weltanschaulich offenes neues Forum des Umdenkens und Vorwärtsgehens.

www.politisches-samstagsgebet.de

„Vor unseren Augen entstehen heute im Zuge von Deregulierung und Globalisierung der Wirtschaft neue Formen der Sklaverei.

Heute sind die schlimmsten Verletzungen der Menschenrechte die Folgen der Weltwirtschaft. Schrankenloser Welthandel ist der neue Götze, der uns beherrscht!“

Dorothee Sölle

V.i.S.D.P.:

Gabriele Hilz, c/o pax christi München
Marsstr.5, 80335 München
muenchen.paxchristi.de
paxchristi-muenchen@t-online.de

"Lebe einfach,
damit andere
einfach überleben können."

Dorothy Day

Beteiligte Gruppen:

Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Ev.-luth. Kirche (afa) – Attac München – Bayerischer Flüchtlingsrat - Bund Naturschutz – Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung CGW – Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und Kriegsdienstgegner – E.F. Schumacher Gesellschaft – FIAN München – Forum Ziviler Friedensdienst – Genethisches Netzwerk e.V. – GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit – Kein Patent auf Leben – Münchner Friedensbündnis Mütter gegen Atomkraft – Netzwerk Friedenssteuer Nord Süd Forum – Ökumenisches Netz Bayern –pax christi München und Freising – Refugio München

Nächstes Politisches Samstagsgebet:

Thema: Wider die Ohnmacht
Was uns Kraft gibt

Samstag, den 5. März 2016 um 18.00 Uhr
wieder in der KHG, Leopoldstr.11

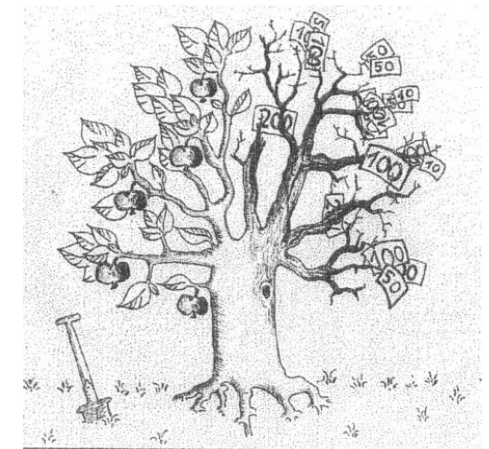
Das Politische Samstagsgebet

Schaffen wir es?

Wie geht es in der Flüchtlingsfrage weiter?

Dieter Müller SJ

Referat und geistlicher Impuls



Samstag, den
23.Januar 2016- 18.00 Uhr
Kath. Hochschulgemeinde
Leopoldstr. 11; U3/U6 Giselastraße
Ausgang Georgenstraße

Danach : Brot und Wein

Schaffen wir es?

Wie geht es in der Flüchtlingsfrage weiter?

Das freundliche Gesicht, das Deutschland 2015 zeigte, ist verblasst.

Die Willkommenskultur weicht einer Abschottungspolitik. Die es zu uns geschafft haben, sehen einer ungewissen Zukunft entgegen.

Die Politik schränkt die Rechte und die finanziellen Hilfen für Flüchtlinge weiter ein.

Erfreulicher Weise ist die Hilfe aus der Zivilgesellschaft ungebrochen.

Um an der Seite von geflüchteten Menschen für Gerechtigkeit einzutreten, hat der Jesuitenorden vor 35 Jahren den internationalen Jesuiten-Flüchtlingsdienst ins Leben gerufen, der seit 20 Jahren auch in Deutschland tätig ist.

Unser Referent, **Bruder Dieter Müller SJ.** gehört zum bundesweiten deutschen Team.

Aus der Presseerklärung des deutschen Jesuitendienstes vom 12. November 2015:

„Die Politik solle dem ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge nicht länger in den Rücken fallen“. Die Entscheidung, für Syrier das Dublin –Abkommen wieder anzuwenden und den Familiennachzug zu stoppen, wird scharf kritisiert:

„Die Menschen bleiben länger in Ungewissheit, und die Behörden werden mit einem Verfahren belastet, das schon seit zehn Jahren nicht funktioniert“.

„Die jüngsten Überlegungen, den Familiennachzug einzuschränken, schaden allen, auch uns selbst: All unser Reden über die Bedeutung der Familie wird dadurch zum Sonntagsgeschwätz degradiert. Wir wissen aus Erfahrung, dass Flüchtlinge leichter Fuß fassen, wenn sie mit ihrer Familie zusammen sind.“



aus: Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen haben sich in einer zivilgesellschaftlichen Plattform wider Abschottung und Fremdenfeindlichkeit zum „Recht auf Willkommen“ zusammengeschlossen.

In dem gemeinsamen Statement heißt es unter anderem:

„Flüchtlinge, die an europäischen Bahnhöfen stranden; eilig hochgezogene Stacheldrahtzäune an den Grenzen; extreme soziale Ungleichheit und steigende Gewalt – was hierzulande wie ein Ausnahmezustand erscheint, ist für einen Großteil der Weltbevölkerung längst bittere Normalität. Neu ist, dass Terror und andere Schrecken, denen Menschen im Süden zu entkommen versuchen, mehr und mehr auch mitten in Europa spürbar werden. Die voranschreitende Zerstörung von Lebensbedingungen, der Hass und die Gewalt fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis einer globalen Politik, die bewusst ökonomische Interessen über

die Interessen der Menschen stellt. Die dabei in Kauf genommene Ausgrenzung von großen Teilen der Weltbevölkerung zwingt Menschen zur Flucht und heizt die Gewalt an. Sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder hat die soziale Ungleichheit dramatisch zugenommen - als Folge eines ungebremsen Freihandels zu Lasten der Armen, einer die Umwelt zerstörenden Wirtschaftspolitik, durch Rüstungsexporte in Krisengebiete und an diktatorische Regime.

Globalisierung darf keine Einbahnstraße sein. Globalisierung und Migration sind zwei Seiten einer Medaille. Wir sollten uns der Herausforderung stellen, dafür zu sorgen, dass aus der Begegnung mit fremden Kulturen auch die Chance auf die Herausbildung neuer weltgesellschaftlicher Verhältnisse erwächst. Dazu bedarf es der Vision einer anderen Gesellschaft, die allen Menschen an allen Orten der Welt Zugang zu adäquaten Lebensbedingungen sichert. Notwendig sind Alternativen zur herrschenden profit- und wachstumsorientierten Ökonomie ebenso wie die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge hier und über alle Grenzen hinweg. Nur dort, wo ein würdevolles Leben möglich ist, wo niemand mehr aufgrund von Krieg und sozialer Entwurzelung zur Flucht gezwungen wird, ist auch das Recht auf Freizügigkeit vollkommen.“

<https://www.recht-auf-willkommen.de/was-wir-wollen.html>

Wie das gelingen kann, wie Staat und wir als Gesellschaft sich in der Flüchtlingsfrage öffnen sollten und gleichzeitig auch die Ungleichheit im eigenen Land nicht zu vergessen, darüber wollen wir mit unserem Referenten ins Gespräch kommen.